

## **Kommunalfinanzen**

DIE LINKE fordert eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die dauerhaft zu einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Kommunen führt.

**DIE LINKE fragte: Welche Möglichkeiten haben Sie als Landrätin / Landrat, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen? Halten Sie eine Änderung des rheinland-pfälzischen Landesfinanzausgleichsgesetzes für notwendig? Wenn ja: Wie?**

-----

## **Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten in der Reihenfolge des Einganges**

**Matthias Keidel (FDP):** Ein ausgeglichener Kreishaushalt ist kein frommer Wunsch, sondern eine rechtliche Notwendigkeit. Ich glaube, dass Änderungen am Landesfinanzausgleichsgesetz notwendig sind. Eben dafür ist im Gesetz eine Evaluation angelegt worden. Ich finde, da muss vor allem die Bedarfsberechnung im Fokus stehen. Es ist zum Beispiel eine Diskussion wert, ob künftig symmetrische Korridor Grenzen zur kommunalen Bedarfsermittlung gesetzt werden sollen.

**Jeanette Geßner (Die Partei):** Ein ausgeglichener Haushalt kann erreicht werden durch eigene Gelddruckereien im Kreis Birkenfeld, Stärken der Binnenwirtschaft und Subventionierung von Brauereien. Gerade die Subventionierung von Brauereien führt zu Pils-, Weizen und vor allem Exportschlagnern. Immerhin ist Bier eines der Produkte, die der Kreis zu 100% importieren muss. In diesem Bereich der Wirtschaft haben wir neben anderen die sagenhafte Möglichkeit, mit der kleinsten Ausfuhr von eigenen Erzeugnissen direkt die Exportquote zu verbessern. Als Landrätin werde ich prüfen, ob man die Gelder für Berater direkt in Projekte umsetzen kann, um lokale Leistungsträger zu fördern, statt die Gewerbesteuer in erfolgsverwöhnten Großstädten.

**Stefan Worst (Einzelbewerber):** Der Landkreis Birkenfeld ist neben der Westpfalz und Kusel das Armenhaus von Rheinland-Pfalz. Die Biontech-Millionen haben uns etwas Zeit gegeben, aber langfristig werden wir wieder in das Schuldendilemma rutschen. Ohne nachhaltige Entschuldung durch den Bund und das Land wird es schwer ausgeglichene Haushalte auf Dauer vorzulegen. Dies erfordert einen langen Atem, aber für die Bundeswehr waren ja auch über Nacht 100 Milliarden vorhanden.....

**Mirosław Kowalski (CDU):** Durch Sondereffekte bei der Gewerbesteuer hat der Landkreis aktuell einen ausgeglichenen Haushalt. Mehr Geld vom Land oder höhere Umlagen von den Städten und Gemeinden sind die Stellschrauben auf der Einnahmeseite. Damit das Land mehr Geld zur Verfügung stellt, muss der Landtag entsprechende Gesetze machen. Das liegt nicht in meiner Hand. Auf der Ausgabenseite geht es darum, dass Leistungsmissbrauch aufgedeckt und bekämpft wird. Außerdem geht es darum, Menschen zu qualifizieren, so dass sie nicht mehr auf Sozialleistungen angewiesen sind. Das gilt auch für unsere zugewanderten Mitbürger.

**Caroline Pehlke (SPD):** Als Landrätin hat man die Verantwortung, den aus der Aufgabenerfüllung resultierenden Finanzbedarf darzustellen und seine Deckung herbeizuführen. Man spricht hier von der Bedarfsdeckungsfunktion des öffentlichen Haushalts. Als älteste dem öffentlichen Haushaltswesen zukommende Funktion hat sie zum Ziel, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Einen ausgeglichenen Haushalt kann man nur dann herbeiführen, wenn die Aufwendungen mit den Einnahmen gedeckt werden können. Ein Landkreis hat jedoch kaum eigene Einnahmequellen. Eine Landrätin kann darauf hinwirken, dass Ausgleichszahlungen geleistet werden. Durch Ansiedlungen von Wirtschaftsunternehmen steigen die Steuereinnahmen der Kommunen und damit auch die Summe der Umlage, die an den Kreis gezahlt wird. Daher gilt es die Wirtschaft und die Ansiedlung von Unternehmen weiter zu fördern und voranzutreiben. Eine Änderung des rheinland-pfälzischen Landesfinanzausgleichsgesetzes halte ich für notwendig, weil dieses trotz der bereits geschehenen Änderung nicht ausreichend ist.

**Rouven Hebel (Freie Wähler):** Ein sehr wichtiger Punkt, der Grundlage der kommunalen Gemeinschaft ist. Die Finanzausstattung ist, insbesondere bei ständig steigenden Aufgaben, nicht ausreichend. Die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung ist eine zentrale Forderung der FREIE WÄHLER im Landtag von Rheinland-Pfalz. Die Schlüsselzuweisungen müssen zum einen deutlich erhöht werden. Ich vertrete die Auffassung, dass eine Kommune insgesamt deutlich besser aufgestellt werden muss um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Eine Politik der Fördergelder und Zuwendungen würde ich weitestgehend abschaffen und die Gelder direkt den Kommunen zur Verfügung stellen – Minister und Abgeordnete hätten dann viel mehr Freiraum und könnten ihrer eigentlichen Aufgabe nachgehen, statt am laufenden Band irgendwo einen Förderbescheid zu übergeben, der im Grunde jemand anderen wieder benachteiligt.